

politicum

**Josef Krainer Haus
Schriften**

**Neue Aufgaben
der Sozialpolitik**

28

NEUE ARMUT VERLANGT NEUE WEGE

War im vorigen Jahrhundert die soziale Frage geradezu identisch mit der Arbeiterfrage, so ist sie es heute längst nicht mehr. Keine Österreicherin, kein Österreicher ist heute arm, weil er Arbeitnehmer ist. Die Armut resultiert nicht, wie sie noch im Parteiprogramm der SPÖ dargestellt wird, aus dem unüberwindlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Arm sind Leute heute: wenn sie mehrere Kinder haben; wenn sie einen kleinen Gewerbebetrieb, eine kleine Landwirtschaft haben; wenn sie längere Zeit arbeitslos sind.

Will man diese soziale Wirklichkeit erklären, bringt einen die Aufteilung unserer Gesellschaft in Klassen von Kapital und Arbeit nicht weiter. Die Benachteiligung der Familien mit Kindern, alter Menschen, von Frauen oder die soziale Not von Dauerarbeitslosen ist doch vielmehr darauf zurückzuführen, daß Unternehmer und Arbeitsplatzbesitzer sozialpartnerschaftlich vereint, gemeinsam ihre Interessen im Verteilungskampf zu Lasten derjenigen durchsetzen, die keine mächtigen Kammern und Verbände hinter sich haben.

Der alte Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wird immer mehr vom Konflikt zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen, zurückgedrängt.

Gerade Monopolbetriebe, wie der ORF und die Verbundgesellschaft, in denen ein Arbeitnehmer im Schnitt pro Jahr 500.000,— Schilling kostet, widerlegen deutlich die sozialistische Konzeption von arm und reich: „Ein relativ kleiner Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung verfügt über einen beträchtlichen Teil des produktiven Vermögens und bezieht daraus hohe Einkommen“, heißt es im Punkt 3.2.4. des SPÖ-Parteiprogrammes von 1978. Richtig müßte es heißen: „Ein relativ kleiner Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung ist in den monopolartigen Betrieben wie ORF, E-Wirtschaft, Krankenkassen und Sozialversicherungen quasipragmatisiert beschäftigt und bezieht daraus zu hohe Einkommen.“ Den Faktor „produktives Vermögen“ kann man dabei gestrost weglassen.

Die neue Armut verlangt neue Wege

Die Methoden der alten sozialen Frage bringen uns bei der neuen nicht weiter, sondern zementieren alte Ungerechtigkeiten weiter ein.

Ich nenne nur ein Beispiel: Die Benach-

teiligung von Mehrkinderfamilien kann nicht durch Tarifverhandlungen beseitigt werden. Ob ein Arbeitnehmer ein Kind oder fünf hat, kann bei der Aushandlung des Tariflohnes keine Berücksichtigung finden. Dasselbe gilt, ob ein Arbeitnehmer einen schwerbehinderten Ehepartner zuhause hat.

Diese Probleme müssen auf einer anderen Ebene gelöst werden. Für mehr soziale Gerechtigkeit sind hier nicht die Tarifpartner, sondern die Regierenden verantwortlich.

Sie müßten in den angesprochenen Fällen die Kinderbeihilfe bzw. die steuerliche Berücksichtigung von Kindern oder die Unterstützung für die häusliche Krankenpflege, die immer billiger sein wird als jede institutionalisierte, entscheidend verbessern.

Auch die Dauerarbeitslosigkeit als Ursache von Armut kann nicht mit den Methoden der alten sozialen Frage, also der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, beseitigt werden, da sie nicht in der Willkür der „bösen“ Unternehmer begründet liegt, sondern darin, daß wir uns mitten in der sogenannten zweiten industriellen Revolution befinden, in der die Produktionsfaktoren Wissen und Information immer wichtiger werden. Die sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen und Chancen des technischen Fortschritts können nicht mehr mit den herkömmlichen Gewerkschaftsstrategien, sondern nur durch moderne Formen der Arbeitsmarktpolitik zugunsten der arbeitenden Menschen gestaltet und genutzt werden.

Die industrielle Revolution des letzten Jahrhunderts war auf Massenproduktion und gleichartige Arbeitsbedingungen ausgerichtet. Standardisierung und Zentralisierung wurden zu Grundprinzipien der Arbeitswelt. Einheitliche Tarifregelungen, die Forderung nach gleichen Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzgesetzen, die Solidarisierung der Arbeitnehmer in Massenorganisationen waren eine angemessene gewerkschaftliche Antwort auf die Probleme der alten Arbeitswelt.

Der Übergang von einer Produktions- zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft wird die Arbeitswelt grundlegend verändern: Neue Technologien ermöglichen die Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen sowie vielfältige und flexible Übergänge zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit.

Die Probleme des Übergangs von der alten in eine neue Arbeitswelt würden auch vom österreichischen Gewerkschaftsbund neue Strategien verlangen.

Zwei Beispiele:

— Wer Ja sagt zum gesellschaftlichen Fortschritt und zu den neuen Technologien, muß Nein sagen zu einer Einheitssarbeitszeit. Er muß Regelungen ermöglichen, die auf Betriebsgrößen, Branchen und Regionen Rücksicht nehmen.

— Wer Ja sagt zum Ziel der Vollbeschäftigung, darf nicht Nein sagen zum verstärkten Ausbau der Teilzeitbeschäftigung und flexibler Arbeitsmodelle.

Gerade der ÖGB, dem viele soziale Errungenschaften zu verdanken sind, wehrt sich heute auf allen Ebenen gegen flexible Lösungen, die so manchem helfen würden, Arbeit zu finden, um so der Armut zu entrinnen.



13

In vielen Gremien, die früher zum sozialen Ausgleich und somit zu mehr Gerechtigkeit beigetragen haben, sind heute die Verhandlungen zu ritualisierten Handlungen erstarrt, die — so scheint es zumindest — um ihrer selbst Willen gesetzt werden.

Hier müßten Reformen ansetzen. Die außerparlamentarischen Einrichtungen, die in der Aufbauzeit nach 1945 gut gewesen sind, sind es längst nicht mehr. Gerade das auftauchende Problem der neuen Armut verlangt neue Wege, die an den Rand gedrängten Gruppen einzubinden, soll der soziale Friede in Österreich weiterhin gesichert bleiben.